

Presseerklärung vom 20.02.2009

Greenpeace protestiert gegen Förderung von Spritfressern

Ministerpräsidenten sollen sich für klimafreundliche Steuerreformen einsetzen

Hamburg, 20.2.2009 – Gegen die klimaschädlichen Förderprogramme für die Autoindustrie protestieren heute 10 Greenpeace Aktivisten in Hamburg. Vor dem Rathaus steht ein „Spritschlucker“ mit einer Abgaswolke, in der Geldscheine herumwirbeln. Darauf steht: „Klimaschädliche Spritfresser verbrennen unsere Steuergelder“. Greenpeace übergibt Bürgermeister Ole von Beust (CDU) einen Appell, in dem er aufgefordert wird, im Bundesrat klimafreundliche Steuerreformen für den Verkehrsbereich einzufordern.

„Es ist unfassbar, dass die Regierung Milliarden Steuergelder für den Absatz klimaschädlicher und spritfressender Autos verprasst“, sagt Marc Specowius, Verkehrsexperte von Greenpeace. „Diese improvisierten Kurzzeit-Programme widersprechen dem Klimaschutz und schaden der Autoindustrie. Nur der Wandel zu einer klima- und verbraucherfreundlichen Modellpolitik sichert die deutsche Autoindustrie und ihre Arbeitsplätze.“

Greenpeace fordert die Ministerpräsidenten auf, im Bundesrat die aktuellen klimaschädlichen Vorschläge zur Abwrackprämie und zur Neuregelung der Kfz-Steuer zu korrigieren. Anfang des Monats hat Ole von Beust beim EU-Bürgermeistertreffen in Brüssel für mehr Klimaschutz in den Städten geworben. Nun soll er den Worten erste Taten folgen lassen und sich dafür einsetzen, die geltende Besteuerung von Firmenwagen nach ökologischen Erfordernissen auszurichten und eine „Klimaprämie“ einzuführen. Diese soll die Käufer von verbrauchsarmen Autos mit einem einmaligen Bonus belohnen und Spritfresser mit einem Malus belasten.

Die Pläne für Abwrackprämie und Kfz-Steuer schaffen keine Anreize für einen Wandel zu klimafreundlichen Automodellen. Die Abwrackprämie von 2500 Euro erhalten Käufer von spritfressenden Geländewagen und klimafreundlichen Kleinwagen gleichermaßen. Nach der Neuregelung der Kfz-Steuer müssen für großvolumige Dieselfahrzeuge mit hohem Verbrauch keine oder nur unwesentlich mehr Steuern bezahlt werden als bisher. Greenpeace fordert, die Abwrackprämie nur zu gewähren, wenn der Neuwagen nicht mehr als 140 Gramm CO₂ ausstößt und die Abgasnorm Euro 5 oder 6 erfüllt.

Greenpeace fordert zudem eine ökologisch orientierte Besteuerung von Firmenwagen, da derzeit etwa 70 Prozent der großen „Spritfresser“ als Firmenwagen zugelassen werden. Die deutsche Autoindustrie hält wegen dieser Nachfrage an ihrer klimaschädlichen Modellpolitik fest. Der Greenpeace-Vorschlag sieht eine nach CO₂-Ausstoß gestaffelte Besteuerung vor. Das schafft Anreize, sich für umweltfreundliche Firmenfahrzeuge zu entscheiden.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Marc Specowius, Tel. 0160-5814 942, oder Pressesprecher Holger Becker, Tel. 0160-9533 8457. Fotos erhalten Sie unter 040-30618-377 direkt im Anschluss, weiterführende Informationen und Hintergrundmaterialien unter: www.greenpeace.de/verkehr

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

GREENPEACE

Greenpeace e.V. Pressestelle T 040.3 06 18 - 340, F 040.3 06 18 - 130, presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de
Anschrift Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030.30 88 99 - 0, F 030.30 88 99 - 30